

Flughafen: Geisel muss Aufsichtsrat weiter führen

R.P. 16.12.17

VON NICOLE LANGE
UND UWE-JENS RUHNAU

Eigentlich kann man am Flughafen die Uhr danach stellen: Alle zwei Jahre wechselt der Aufsichtsratsvorsitz zwischen der Stadt und dem Konsortium Airport Partners. Beide halten 50 Prozent an der Flughafen-gesellschaft. Die scheinbare Formalie wurde bei der Aufsichtsrats-sitzung in dieser Woche aber nicht erfolgreich abgearbeitet. Oberbürgermeister Thomas Geisel bleibt nun bis zur Sitzung im April im Amt. Der Grund: Gerhard Schroeder, seit 2011 Geschäftsführer der AviAllian-ce (vormals Hochtief AirPort) und seitdem im Aufsichtsrat des Flughafens, erhielt im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Daraufhin entschloss man sich zur Verschiebung.

Wie zu hören ist, gibt es zwischen den Gesellschaftern erhöhten Dis-kussionsbedarf zur Zukunft des Flughafens. Ist die Gesellschafts-form richtig, soll wirklich der Ge-winn komplett ausgeschüttet werden? Über diese Fragen wurde und wird diskutiert. Die Arbeitnehmer enthielten sich wegen der teils un-klaren Lage bei der Wahl des Auf-

sichtsratschefs. Es spielt auch der Wegfall der Air Berlin in die Strate-giefragen hinein. 60 bis 80 Flugbe-wegungen seien es am Tag weniger als früher. Der Flughafen ging von rund 25 Millionen Passagieren in diesem Jahr aus, erreichen dürfte er 24,6 Millionen.

Der Arbeitskampf der Reini-gungskräfte am Flughafen geht un-terdessen weiter. Der am Donners-tag begonnene Streik wurde gestern fortgesetzt, wie die Gewerkschaft IG Bau mitteilte. Für das Wochenende wurden weitere Ausstände ange-kündigt. „Ein Großteil der Beschäf-tigten steht nach dem angekündig-ten Jobverlust noch ohne Perspekti-ve da. Doch sie sind zu allem ent-schlossen“, sagte Regionalleiter Holger Vermeer. Der Flughafen hat-te den Reinigungsauftrag, den bis-her Klüh hatte, ab 2018 neu ausge-schrieben. Dabei hatte sich der Münchener Konkurrent Dr. Sasse AG durchgesetzt. Klüh hat angekün-digt, 168 Mitarbeiter zu entlassen. Die IG Bau fordert das Unterneh-men nun dazu auf, so viele Mitar-beiter wie möglich weiter zu be-schäftigten. Zudem sollen die Här-ten des Jobverlustes in einem Sozi-altarifvertrag abgedeckt werden.